

Ihre Frauenpolitik, die auch die Vollverschleierten trifft, speist sich aus den Gedankengängen frustrierter alter Männer.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der AfD: Haben wir schon Karneval?)

Inhaltlich habe ich jetzt eigentlich alles gesagt. – Ich habe aber noch einen anderen Punkt. Kürzlich rief hier ein Mitglied Ihrer Fraktion zum Ministerpräsidenten, als dieser seine Rede hielt: Sie könnte man auch entsorgen! – Sie maßen sich an, Personen zu benennen, die entsorgt werden können.

(Markus Wagner [AfD]: Das hat die SPD doch erfunden! – Weitere Zurufe)

Welches Menschenbild dahinter steckt, ist recht klar. Dazu darf ich Ihnen sagen:

(Markus Wagner [AfD]: Sie haben eine Doppelmoral, da könnte man kotzen!)

Herr Ministerpräsident Laschet ist unser Ministerpräsident. Das kann mir gefallen oder nicht, aber es ist so. Ich werde auf allen demokratischen Wegen dafür kämpfen, dass die SPD bei den nächsten Landtagswahlen wieder stärkste Fraktion wird und er dann kein Ministerpräsident mehr sein kann. Aber eines ist völlig unstrittig: Dem Amt des Ministerpräsidenten gilt es Respekt zu zollen – und der Person auch!

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN – Andreas Keith [AfD]: Und der Bundeskanzlerin auch!)

Das hat das Amt und das hat die Person verdient! Und das Gleiche gilt übrigens auch für die Bundeskanzlerin. Es ist unerträglich und geschmacklos, was wir hier erleben!

(Zurufe von der AfD – Gegenruf Dr. Günther Bergmann [CDU]: Schreien Sie mal nicht so rum hier!)

Ich weiß nicht, woraus sich Ihre Grundhaltung im Verhalten speist. Meine Mutter hätte gesagt: Das ist schlechtes Benehmen! – Und ich darf Ihnen sagen: Das ist keine preußische Tradition.

(Andreas Keith [AfD]: Deshalb sind Sie doch abgewählt worden!)

Ich füge hinzu: Es hat etwas mit schlechtem Benehmen zu tun, und es hat etwas mit einem wenig wertschätzen Menschenbild zu tun. Das ist erschreckend!

Deswegen halte ich es hier auch mit Kurt Schumacher: „Mit Ihnen politisiere ich nicht.“ Da fehlt mir das Niveau. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Bialas. – Herr Kollege Wagner, auch bei

Zwischenrufen ist die parlamentarische Ordnung einzuhalten. Ich erteile Ihnen einen nicht förmlichen Ordnungsruf für den Ausdruck, den Sie eben verwandt haben. So gehen wir hier im Parlament nicht miteinander um, auch bei unterschiedlicher politischer Meinung. Hier herrschen Wort und Widerwort und nicht Beschimpfungen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion Herr Dr. Pfeil.

**Dr. Werner Pfeil (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Gesicht zeigen – das können wir von jedem, der in unserer freiheitlichen Demokratie lebt, verlangen. Gesicht zeigen – richtig, Herr Wagner –, das ist auch eine Redewendung und der Name eines Vereins, der im Jahre 2000 gegründet wurde und sich mit Rechts- extremismusprävention beschäftigt. Beides ist wichtig. Beide Forderungen nach „Gesicht zeigen“ richten sich aber auch an unterschiedliche Adressaten. Beides ist für eine Demokratie lebenswichtig.

Wichtig ist zum einen die Forderung, Gesicht zu zeigen für eine weltoffene Gesellschaft. Diese richtet sich an unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wir fordern von diesen Zivilcourage und richten uns gleichzeitig gegen nationalistische Forderungen und Angriffe.

Wichtig ist zum Zweiten die Forderung, dass die Frauen Gesicht zeigen, die aus islamischen Ländern kommend in unserer Demokratie leben und arbeiten möchten. Denn sie wollen dann zu einem Teil unserer weltoffenen Gesellschaft werden. Dazu sollten sie auch Gesicht zeigen.

Mit Verweis auf die Menschen- und Grundrechte wird zum Teil darauf abgestellt, dass eine freie Gesellschaft einer Frau nicht verbieten dürfe, sich anzuziehen, wie sie wolle, und davon sind Niqab und Burka mit umfasst.

Diese verfassungsrechtliche bzw. auf die Menschenrechte abstellende Diskussion könnte im Grundsatz entschieden sein, nachdem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, wie Sie eben auch schon sagten, 2014 und jetzt erneut 2017 entschieden hat, dass ein Verbot der Gesichtsverschleierung im öffentlichen Raum rechtmäßig sein kann. Nach Auffassung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte könne ein derartiges Gesetz in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sein und dadurch die Rechte aus den Art. 8, 9 und 14 der MRK nicht verletzt werden.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, es stellt sich doch auch bei uns in NRW die Frage, ob ein solches Gesetz notwendig ist oder sein könnte oder – was die Alternative wäre – ob es keinem dringenden

sozialen Bedürfnis entspricht und damit unverhältnismäßig ist. Genau diese Entscheidung hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte dem Gesetzgeber überlassen und sich nicht festgelegt.

Ist ein solches Verbot also notwendig für unsere demokratische Gesellschaft und für die Integration in NRW, oder besteht hierfür kein soziales Bedürfnis? Wenn es kein soziales Bedürfnis gibt, dann benötigen wir es nicht.

Diese Fragen sind zu klären, und das werden wir im Ausschuss tun. Hierzu, „meine lieben Freunde von der AfD“, genügt ein Plagiat aus Niedersachsen mit Sicherheit nicht, um eine Antwort darauf zu finden.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Abschließend möchte ich noch kurz auf den vorliegenden Gesetzentwurf eingehen. Wir werden ihn ja noch ausführlich in den Fachausschüssen beraten, aber so viel sei bereits jetzt angemerkt: Jedes Detail einer gesetzlichen Regelung muss für sich genommen mit Blick auf die Religionsfreiheit hohen und höchsten Anforderungen genügen und verhältnismäßig sein. Bei dem vorliegenden Regel-Ausnahme-Katalog scheint mir dies nicht gewährleistet zu sein.

Einerseits ist er zu eng. Andererseits wird er den integrationspolitischen Notwendigkeiten nicht gerecht. Denn er enthält eine Rückausnahme für sämtliche privaten Einrichtungen und damit zum Beispiel auch für privat betriebene Bildungseinrichtungen und Kitas.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Dr. Pfeil, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Der Kollege Seifen von der AfD würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Dr. Werner Pfeil (FDP):** Ja, ich bin aber auch sofort fertig.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Darf er die Frage trotzdem stellen?

**Dr. Werner Pfeil (FDP):** Ich sage nur noch: Wir stimmen der Überweisung an den Ausschuss zu. – Die Frage kann er mir jetzt stellen.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Dann machen wir eine Schlussfrage daraus. – Bitte schön.

**Helmut Seifen (AfD):** Recht herzlichen Dank, Herr Dr. Pfeil. – Mich würde interessieren: Inwiefern halten Sie es für ehrenrührig, dass eine Partei – welche auch immer – etwas aufgreift, das eine andere Partei

sinnvollerweise woanders auf den Weg gebracht hat? Inwiefern ist das ehrenrührig?

**Dr. Werner Pfeil (FDP):** Ehrenrührig ist das nicht. Ich habe ja nur gesagt, dass es ein Plagiat ist. Es ist abgeschrieben. Mehr habe ich dazu gar nicht gesagt. Die Bewertung überlasse ich Ihnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Dr. Pfeil. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Schäffer.

**Verena Schäffer<sup>1)</sup> (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von einer Partei, die eine Frau aufgrund ihrer Herkunft entsorgen möchte, müssen wir uns, meine ich, nicht erzählen lassen, wie man a) wirklich Integration macht und wie man b) Frauenrechte stärkt. Ich glaube, dazu können Sie wenig beitragen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Aber es geht Ihnen ja hier gar nicht – das wird deutlich – um die Sachdebatte. In vielen Bereichen gibt es bereits heute gesetzliche Regelungen, man muss sich nur die Entscheidungen der Gerichte angucken. Wie gesagt, ich habe das Gefühl, um die Sachdebatte geht es bei diesem Gesetzentwurf eigentlich gar nicht.

Ich will noch einmal auf die Diskussion hinweisen, die wir hier am Mittwoch zum Thema „Wahlkampf“ und „Übergriffe im Wahlkampf“ geführt haben. Da habe ich schon gesagt, dass ich der Meinung bin, dass die AfD ganz maßgeblich zu der derzeitigen Polarisierung in der Gesellschaft beigetragen hat. Dieser Gesetzentwurf ist wieder ein Beleg für diese These und damit wirklich entlarvend.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Reul das Wort.

**Herbert Reul, Minister des Innern:** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann es kurz machen: Das Tragen einer Burka entspricht nicht unserem Verständnis von Gleichberechtigung, Integration und Weltoffenheit, sondern das ist Symbol der Unterdrückung.

(Beifall von Roger Beckamp [AfD])

Die Frage, wie unsere Gesellschaft mit Vollverschleierung umgehen soll oder kann, ist in den letzten Mo-